

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 809

Mittwoch, 17. Juli 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

<i>Indigene Autoritäten nehmen die Wahlen der hohen Richter*innen ins Visier.....</i>	<i>1</i>
<i>Bürgermeister*innen weisen auf schlechte Durchführung von Sozialprogrammen hin.....</i>	<i>2</i>
<i>Statt José Inés Castillo ist nun Adim Maldonado der Fraktionschef der UNE.....</i>	<i>3</i>
<i>Neue Allianz der Regierungsparteien: Mangelnde Absprachen und Kommunikation.....</i>	<i>4</i>
<i>Winaq-Abgeordnete Sonia Gutiérrez prangert Einschüchterungen durch Allan Rodríguez an.....</i>	<i>5</i>
<i>Guatemala hat die höchste Luftverschmutzung in der Region.....</i>	<i>6</i>

Indigene Autoritäten nehmen die Wahlen der hohen Richter*innen ins Visier

Guatemala, 5. Juli - Indigene Autoritäten trafen sich in Santa María Nebaj, Department Quiché, um den "Tag der Würde der Ixil" zu begehen und an die Taten jener sieben Personen zu erinnern, die sich am 21. Juni 1936 gegen den Machtmissbrauch und die Vertreibung aus ihrem Territorium durch die Regierung von Jorge Ubico erhoben und erschossen wurden. Im Rahmen dieses Treffens kündigten die angestammten Autoritäten die Einrichtung einer Kommission an, die den Wahlprozess für die Richter*innen höherer und höchster Gerichte überwachen soll.

Pablo Ceto, ein Anführer der Ixil, gab einen historischen Überblick über die Rolle der indigenen Gemeinschaften in der Geschichte des Landes, von der Revolution 1944 über die Konterrevolution 1954 bis hin zum bewaffneten Konflikt, als die indigenen Völker zu einer wichtigen Kraft für das Zustandekommen des Friedensabkommens im Jahr 1996 wurden. "Es war das erste Mal, dass der Staat verpflichtet war, die Identität und die Rechte der indigenen Völker im Rahmen des Friedensprozesses anzuerkennen, weshalb es auch ein Abkommen mit diesem Namen gibt", erklärte Ceto.

Das Gedenken an den 22. Juni als Tag der Würde der Ixil hat seinen Ursprung in diesem Abkommen: Zehn Jahre nach seiner Unterzeichnung erklärte der Gemeinderat von Nebaj auf Initiative der Töchter, Söhne und Enkel der sieben Personen, die am 22. Juni 1936 erschossen wurden, den 22. Juni zum Tag der Würde der Ixil, um ihr Andenken zu ehren.

Im Jahr 2008 begann ein Prozess des Wiederaufbaus der indigenen Bürgermeisterämter, der mit der Reform von 2012 [unter der Regierung von Álvaro Colom, d.Red.] vollständig im Gemeindegesetzbuch anerkannt wurde. Dies eröffnete den indigenen Behörden einen Weg, ihre traditionelle Rolle beim Aufbau einer demokratischen Regierungsführung aus der Gemeinschaft wieder aufzunehmen, die vor dem Krieg bestand, sich während des bewaffneten Konflikts fortsetzte und sich nach dem Friedensabkommen weiter entwickelte.

Im Jahr 2015 forderten die traditionellen indigenen Autoritäten eine Verfassungsreform, um das indigene Rechtssystem anzuerkennen, was jedoch aufgrund des Widerstands von Machtgruppen wie dem Koordinationskomitee der Landwirtschafts-, Handels- und Finanzvereinigungen (CACIF), die die Petition diskreditierten, nicht erreicht wurde, so Ceto.

Indigene Autoritäten, ein Schlüsselakteur der Demokratie

Obwohl diese Reform nicht zustande kam, wurden die traditionellen Autoritäten und die indigenen Bürgermeisterämter in den folgenden Jahren zu einem Hauptakteur beim Aufbau der Demokratie, was die enorme Anzahl von Jugendlichen, Frauen, Älteren und Männern erklärt, die an den Mobilisierungen von 2023 an mehr als 180 Orten beteiligt waren: Parks, Kirchen und Alleen, in denen Blockaden oder Kundgebungen stattfinden, um einen Staatsstreich zu verhindern.

"Es wird gerade ein neuer politischer, sozialer und gemeinschaftlicher Akteur im Aufbau der Demokratie geschaffen, dessen Hauptaktivität Ende des Jahres 2023 stattfand, um die Wahlergebnisse zu verteidigen. Das ist wichtig, weil in allen Teilen des Landes in der Macht der Ältesten, der Kamal Be' (Führer in K'iche'), der Mamín (Grossvater in der Sprache der Q'anjobal) oder der Q'esal (Weisheit oder derjenige, der in Ixil führt) eine Kraft liegt, eine Hoffnung für die Demokratisierung Guatemalas", betonte Ceto.

Der Bauernführer wies auch darauf hin, dass mit der derzeitigen Regierung die Möglichkeit bestehe, einen Dialog mit den verschiedenen indigenen Autoritäten zu eröffnen, "weil wir über die Zukunft eines multiethnischen, mehrsprachigen und plurikulturellen Guatemalas diskutieren müssen; in 500 Jahren hat es diese Möglichkeit nicht gegeben". Cetos Ansicht nach habe die Regierung zwar gute Absichten, aber die Macht [*der Eliten, vermutet d.Red.*] sei sehr stark. Mit einer kooptierten Justiz wie sie heute bestehe, könne man nicht sofort mit Rechtsstaatlichkeit rechnen, "sie muss erst wiederhergestellt werden".

An diesem Treffen nahmen folgende Personen teil: Vertreter*innen der Ixil aus dem Büro des indigenen Bürgermeisters von Santiago Sacatepéquez; Achí und Poqomchí, Q'eqchi' und traditionelle Autoritäten aus Purulhá, Alta Verapaz; Anführer*innen der Kaqchikel aus Comalapa; das Büro des indigenen Bürgermeisters von San José Poaquil, Chimaltenango; traditionelle Behörden aus dem Tal von Palajunoj, Quetzaltenango; Gemeindevorsteher von Santiago Atitlán, Sololá; Vertreter*innen des Territoriums der Yiskisis in San Mateo Ixtatán, Huehuetenango; traditionelle Autoritäten aus Santa Cruz del Quiché, Chinique; und Mitglieder des Rates der Behörden von Uspantán, Quiché.

Indigene Autoritäten und ihre Beteiligung an der Wahl der hohen und höchsten Richter*innen

Im Anschluss an die Sitzung gaben die versammelten traditionellen Autoritäten eine Erklärung ab, in der sie sich auf den Prozess der Wahl der Gerichte bezogen. "Wir schätzen die Tatsache, dass in den Nominierungskommissionen ehrenhafte, fähige, geeignete und ehrliche Personen sitzen, die eine Vision von einem demokratischen Staat haben", erklärten sie. Sie weisen jedoch darauf hin, dass auch Personen, die die Interessen korrupter Sektoren verteidigen, in diese Positionen berufen wurden.

Die indigenen Behörden forderten, dass die Mitglieder der Nominierungskommissionen transparent, im Einklang mit der politischen Verfassung und den internationalen Standards für die Wahl von Richter*innen und Staatsanwält*innen, mit Professionalität und Ethik arbeiten, um die fähigsten, ehrenhaftesten und geeignetsten Personen auszuwählen. Sie forderten die Mitglieder des Kongresses auf, die Jurist*innen auszuwählen, die die besten Eigenschaften aufweisen, und dabei auch die Einwände der indigenen Völker, der Organisationen und der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen. "Wir brauchen eine Justiz, die aus integren und unparteiischen Richter*innen und Staatsanwält*innen besteht, deren Entscheidungen unabhängig von den Machtgruppen sind, die den Staat kooptiert haben", heisst es in ihrer Erklärung. (Prensa Comunitaria)

Bürgermeister*innen weisen auf schlechte Durchführung von Sozialprogrammen hin

San Pedro Sacatepéquez, 10. Juli - In der vergangenen Woche erläuterten die Bürgermeister*innen des Departements Guatemala bei einem Treffen mit Vertreter*innen des Ministeriums für soziale Entwicklung (MIDES) die Schwierigkeiten, die bei der Registrierung und Durchführung der vom Ministerium koordinierten Sozialprogramme festgestellt wurden. Zu den Hauptkritikpunkten gehörten die Auswahlkriterien und die politischen Interessen der Sozialbeauftragten. Die Gemeindevorsteher*innen beanstandeten, dass sich die von MIDES beauftragten Personen in den Gemeinden manchmal mit ehemaligen Bürgermeisterkandidat*innen und Anwohner*innen treffen, um die Übergaben vorzunehmen und so zu tun, als gehörten die monatlichen Sozialleistungen in Höhe von 250 Q (29 €) den ehemaligen Kandidat*innen. Der Bürgermeister von San Pedro Sacatepéquez, Juan Culajay, war derjenige, der dies aufdeckte.

Beutezug

"San Pedro Sacatepéquez ist eine politische Beute. Seit Anfang des Jahres hat der von MIDES eingesetzte Verantwortliche begonnen, Treffen mit einigen der Begünstigten der Programme abzuhalten, aber es hat sich herausgestellt, dass ein ehemaliger Kandidat der letzten Wahlen an diesen Treffen teilgenommen hat", sagte Culajay. Er sagte, dass die Mitglieder des Stadtrats über das Treffen informiert wurden. Dem Bericht zufolge begaben sich die Mitglieder an den Ort des Geschehens und beobachteten das Treffen und machten Fotos und Videos. "Dies ist für uns als Bürgermeister*innen wirklich nicht der richtige Zeitpunkt für politische Bekehrungsversuche", betonte Culajay.

In die gleiche Kerbe schlug der Bürgermeister von San Juan Sacatepéquez, Juan Carlos Pellecer, der darauf hinwies, dass das Programm Sozialkorb seit seiner Einführung falsch eingesetzt wurde und nicht jenen zugute komme, die es brauchen: "Als man anfang, über den Sozialkorb zu sprechen, war es mit einem hohen Mass an Korruption verbunden: Es gab Leute, die die Körbe horteten. Sie öffneten den Kofferraum ihres Autos und legten zwei oder drei hinein".

Im Rampenlicht

Der Bürgermeister von San Pedro Sacatepéquez zeigte sich besorgt darüber, dass die Vertreter*innen von MIDES [*nach der Wahl, mutmassl d.Red.*] in mehreren Verwaltungen nicht von ihren Aufgaben entbunden wurden.

Estuardo Samayoa, der für die Regional-, Departements- und Gemeindedirektionen des Ministeriums zuständig ist, antwortete, man habe den Verdacht, dass einige Verantwortlichen Handlungen zu persönlichen oder klientelistischen Zwecken durchführen, aber die Situation werde derzeit analysiert: "Wir haben Fälle aufgedeckt, die den Eindruck erwecken, dass die Situation, auf die Culajay hinweist, stimmt. Ich sage, dass es den Anschein hat, denn man muss jeden Ort aufsuchen und jeden einzelnen Fall überprüfen; in meiner Direktion gibt es insgesamt ca. 1.300 Personen und ich habe bisher sieben Abteilungen besucht. Das ist nicht so viel, wie ich gerne hätte, aber wir sind dabei, so weit wie möglich alle diese Situationen zu korrigieren", antwortete Samayoa.

Beseitigung von Fehlern im System

Die anderen Bürgermeister*innen forderten die Mitglieder von MIDES auf, so viele Menschen wie möglich zu begünstigen. Allerdings sind sie über die Registrierungsmethodik besorgt. Das Sozialregister der Haushalte in den 17 Gemeinden des Departments Guatemalas soll erhoben werden und auf der Grundlage dieser Daten werden 25.000 Familien ausgewählt, die den von der Regierung im letzten Monat angekündigten monatlichen Bonus in Höhe von 250 Q (= 29 €) für sechs Monate erhalten sollen.

Einige Bürgermeister*innen forderten, dass die Vorlage einer Stromrechnung oder einer Handynummer nicht Voraussetzung für die Registrierung sein sollte, da sie wissen, dass es Bewohner*innen gibt, die die Unterstützung benötigen, aber weder Strom noch ein Handy haben. Sie wiesen darauf hin, dass dies in früheren Verwaltungen ein Ausschlusskriterium gewesen sei.

Der Erklärung der Behörden zufolge werden Personen oder Familien mit höheren Armutsquoten nach der Methode der unbefriedigten Grundbedürfnisse (NBI) bevorzugt, also indigene Menschen, Menschen mit Behinderungen und alleinstehende Mütter oder Witwen.

Um neue Begünstigte aufnehmen zu können, stützt man sich auch auf das Register der Sozialhaushalte. Seit ihrem Amtsantritt haben die neu besetzten Regierungsbehörden davon gesprochen, dass sie auf Einschluss- und nicht auf Ausschlusskriterien achten werden, damit die Unterstützung der Zentralregierung mehr Menschen erreicht: "Unser Instrument des Sozialen Haushaltsregisters vermeidet Ermessensspielräume. Wir werden uns auf das NBI stützen, um diese bewohnten Orte lokalisieren zu können", erklärte die Vizeministerin für Soziales, Bertha Zapeta.

Bei dem Treffen fügte Zapeta hinzu, dass 50 Vermessungsingenieure des Ministeriums eingesetzt werden, um direkt an der Sozialfonds-Initiative teilzunehmen, die 25.200 Menschen zugutekommen soll. Diese Menschen sollen nach und nach in das Programm aufgenommen werden. (Prensa Libre)

Statt José Inés Castillo ist nun Adim Maldonado der Fraktionschef der UNE

Guatemala, 8. Juli - Die Führungsstruktur der Fraktion der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) im Kongress wurde für die zweite Legislaturperiode umgebildet. Der Abgeordnete José Inés Castillo trat als Fraktionschef zurück und wurde durch den Parlamentarier Adim Maldonado ersetzt. Darüber hinaus gab es fünf Ausschlüsse aus der Fraktion, nämlich die erstmalig in den Kongress gewählten Darwin Edgardo Ramírez Camberos, Víctor Hugo Cifuentes Delgado, Marco Aurelio Mejía Alfaro und Óscar Rolando Corleto Rivera sowie der ehemalige PC-Abgeordnete, José Adolfo Quezada Valdez.

Am 5. Juli teilte die UNE-Fraktion der Ständigen Kommission des Kongresses die Entscheidung mit, Castillo als Vorsitzenden des Blocks abzulösen und Maldonado an seiner Stelle zu ernennen. In dem Schreiben heisst es ausserdem, dass der Abgeordnete César Fión neuer stellvertretender Vorsitzender der Fraktion sein wird.

Laut einer Veröffentlichung von La Red ist diese interne Entscheidung ein Schritt, der darauf abzielt, den Zusammenhalt und die Strategie der Partei angesichts der bevorstehenden legislativen und politischen Herausforderungen zu stärken. Weiter heisst es, dass die UNE als einer der Hauptakteure im Kongress betont, dass diese Änderungen der Notwendigkeit entsprechen, die Führung der Fraktion mit den für die laufende Legislaturperiode festgelegten Zielen und Prioritäten in Einklang zu bringen.

"Es ist Sache der Abgeordneten der Fraktion, der Parteimitglieder und der Parteifreund*innen, den Fraktionschef zu ernennen, und in diesem Fall haben sie die Entscheidung getroffen, den Wechsel vorzunehmen, und ich werde ihren politischen Willen respektieren. Die Beweggründe für den Wechsel möchte ich mir nicht ausmalen, denn ich habe einen sehr starken Kreuzzug gegen Korruption bei öffentlichen Ausschreibungen geführt, gegen die Machenschaften im Hafen und gegen einige Interessen der mafiösen Machteliten – und das ging bis zum Äussersten", sagte Castillo. [*Dabei liefen gegen ihn selbst Ermittlungen wegen der Beschäftigung von Phantom-Mitarbeiter*innen im Gesundheitsministerium, d.Red.*] Er fügte hinzu, dass die Entscheidung getroffen wurde, während er auf Reisen war. Er werde jedoch die Entscheidung nicht in Frage stellen. (Prensa Libre)

Neue Allianz der Regierungsparteien: Mangelnde Absprachen und Kommunikation

Guatemala, 6. Juli - Obwohl die Regierungspartei hoffte, das Wettbewerbsgesetz letzte Woche in dritter Lesung zu verabschieden, schaffte es die Gesetzesinitiative nicht durch den Kongress.

Die mangelnde Übereinstimmung der Exekutive mit den Abgeordneten, die ursprünglich der am 14. Januar gebildeten legislativen Allianz angehörten, war der Auslöser für den "Bruch" zwischen der Regierung und den anderen im Kongress vertretenen Fraktionen. Für einige ist das Bündnis jedoch immer noch gültig, wenn auch nicht dauerhaft.

Die Exekutive hat allen Sektoren Angebote gemacht, aber es wurden keine Vereinbarungen getroffen. Angefangen beim Streit über den Währungsrat bis hin zur Ernennung der Departementsgouverneure. Zusätzlich zu dieser Klage traf sich der Präsident, Bernardo Arévalo, in den letzten Wochen mit "bündnisfreien" Abgeordneten von VAMOS, UNE, VIVA und CABAL. Diese Distanzierung spiegelt sich im Kongress wider, in dem es anscheinend nicht genügend Absprachen gibt, um eine legislative Agenda voranzutreiben, an der alle Fraktionen interessiert sind. Zumindest spiegeln die letzten Plenarsitzungen dies nach Ansicht von politischen Analyst*innen wider.

In der laufenden Legislaturperiode haben die Abgeordneten 12 Dekrete verabschiedet, zuletzt die Auflösung und Liquidation von FONDETEL. Die von der Exekutive vorgelegten Initiativen - Luftverkehrsabkommen und wissenschaftliche Zusammenarbeit - wurden im Plenum noch nicht behandelt.

Das letzte Mal, dass die regierende SEMILLA die volle Unterstützung des Bündnisses erhielt, war bei der Wahl von Samuel Pérez zum Präsidenten des Kongresses - ein Amt, das er zwei Tage lang innehatte - und die von Nery Ramos, dem derzeitigen Präsidenten des Kongresses. Die Unterstützung für die neue Fraktion der neuen Regierungspartei, die stark zu sein schien, ist im Schwinden begriffen. Auch wenn einige Abgeordnete behaupten, dass das Bündnis aufrecht erhalten wird, haben die letzten Sitzungen das Gegenteil gezeigt: Politische Themen wurden nicht behandelt, sondern es wurden nur Gesetzentwürfe verlesen [*Beinhalten die keine politische Themen, fragt d. Red.*].

Am 29. April wurde der Abgeordnete der Regierungspartei, Samuel Pérez, auf die offensichtliche Zersplitterung des Bündnisses angesprochen. Er rechtfertigte sich damit, dass man sich nur im Dialog befinde und sagte, ein Beispiel für das Vorhandensein von Vereinbarungen sei die Verabschiedung des Wettbewerbsgesetzes, obwohl am Tag nach der Ankündigung im Plenum die Stimmen für die Verabschiedung des Gesetzes nicht erreicht wurden. Dieses Phänomen ist nach Ansicht von Analyst*innen ungewöhnlich für eine Legislaturperiode, die gerade erst begonnen hat. Sie sind der Meinung, dass es einige Elemente gibt, die verbessert werden müssen, wenn sie wirklich einen robusten und produktiven Kongress bei der Verabschiedung von Gesetzen erreichen wollen.

Schwaches Bündnis

Für den unabhängigen Analysten Alejandro Quinteros ist es notwendig, dass der Vorstand des Kongresses und die Regierungsfraktion die Agenda, die sie unter den Abgeordneten vorantreiben, verbessern, um die Erstellung von Dekreten zu erreichen: "Historisch gesehen nimmt die Produktion von Gesetzen im Laufe der Jahre ab, aber wenn im ersten Jahr keine Vereinbarungen für die grundlegendsten Dinge, die das Land braucht, getroffen werden, können wir in den kommenden Jahren nur sehr wenig erwarten".

Quinteros fuhr fort: "Ich glaube, dass sie zu Beginn nur den Eindruck erweckten, ein solides Bündnis zu sein, aber das ist nicht der Fall. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Bündnis, das sich aus sehr unterschiedlichen Fraktionen zusammensetzt, und das führt dazu, dass es keine Einigungen für mehr Gesetze gibt".

Quinteros ist der Meinung, dass es jetzt vor allem darauf ankommt, dass die Regierungspartei oder der Vorstand bereit sind, mit den Fraktionen zu verhandeln. "Der Kongress ist ein Verhandlungsraum, und die Interessen basieren auf den Verhandlungen, die geführt werden können. (...) In dem Masse, in dem die Regierungspartei verhandlungsbereit ist, wird sie ihre Bündnisse aufrechterhalten".

Mangelnde Kommunikation

Nach Ansicht von Alejandro Solorzano, einem Analysten der Legislativen Beobachtungsstelle, ist der Mangel an Kommunikation ein Grund für das Versagen des Kongresses. Es gebe keinen klaren Gedankenaustausch, jede Initiative könne scheitern, wenn sie auf die Tagesordnung gesetzt werde, sagte er.

"Die Gesetzesinitiativen, die auf die Tagesordnung gesetzt werden, haben die Möglichkeit, Fortschritte zu erzielen, verringert, weil es keinen Zusammenhalt der Kräfte gibt, um sie zu verfolgen. Beim Wettbewerbsgesetz haben sie es zum Beispiel nicht geschafft, 107 Stimmen zu bekommen" [*Das wäre eine zwei Drittel-Mehrheit, d.Red.*]

Solorzano ist der Ansicht, dass wenn sie dies ändern wollen, alle Abgeordneten wissen müssen, was sie verabschieden wollen. Denn selbst wenn die Fraktionsvorsitzenden eine Agenda verabschieden, ist der Souverän letztendlich das Plenum der Legislative, also alle 160 Abgeordneten.

"Der Mangel an Kommunikation zwischen den Abgeordneten und das Fehlen von Strategien für den Dialog zwischen ihnen hat die Möglichkeit, einen Konsens zu finden, geschwächt".

Die Themen

Zwei Fraktionen, die zu Beginn der Legislaturperiode für die Unabhängigen eine Schlüsselrolle spielten, waren die vergleichsweise grossen Fraktionen von Nationale Einheit der Hoffnung (UNE, 28, inzwischen 23 Abgeordnete) und CABAL (18 Abgeordnete). Beide versichern, dass es keinen Bruch gibt, räumen aber ein, dass es Themen gibt, die mehr Dialog erfordern und dass es an Kommunikation mangelt.

José Inés Castillo, [*bis vor kurzem, s.o., d.Red.*] Vorsitzender der UNE-Fraktion, bestritt, dass sich das Regierungsbündnis in einer schlechten Phase befinde. "Als Abgeordneter und Politiker kann ich Ihnen sagen, dass das aktuelle Phänomen darin besteht, dass es mehr Vereinbarungen und Konsens gibt, und dass die Meinungen der anderen Fraktionen respektiert werden. Früher hat man von der 6. Avenida aus (*also dem Präsidentenpalast d.Red.*) den Befehl gegeben, wie man abstimmen musste. Und wenn man das nicht tat, war man raus. Das passiert jetzt nicht mehr".

Castillo weist darauf hin, dass es einige Gesetzesinitiativen gibt, die zwar gut für das Land sind, aber die Unterstützung der anderen Fraktionen benötigen, um angenommen zu werden. "Das Wettbewerbsgesetz, das Rentengesetz, das Amt des Verbraucher-Ombudsmanns, all diese Gesetze sind wichtig, aber wir müssen an Änderungen arbeiten oder legen sie auf Eis, und für das Gesetz über gesunde Lebensmittel gibt es keine politische Einigung, um voranzukommen".

Luis Aguirre, Vorsitzender der CABAL-Fraktion, stimmt zu, dass es wichtige Themen gibt, die noch nicht sozialisiert wurden. "Was passiert ist, ist, dass sie Gesetze auf die Tagesordnung gesetzt haben, für die es noch nicht die notwendige interne Lobbyarbeit gab. So gibt es beispielsweise für das Gesetz über gesunde Ernährung keinen Konsens, was bei einigen Abgeordneten zu Unzufriedenheit geführt hat".

Damit die Initiativen vorankommen, so Aguirre, müssten die Abgeordneten jeden der Vorschläge prüfen. Er glaubt jedoch, dass dies auf einen Mangel an Kommunikation zurückzuführen ist, der hoffentlich behoben werden könne.

"Die Entscheidungen über Gesetze sind von einem Tag auf den anderen verplant worden. Sie haben uns keine Zeit gelassen, die Stellungnahmen zu prüfen. Man stimmt nicht für etwas ab, das man nicht genau kennt. (...) So hat es an Kommunikation, Organisation und einigen Details gemangelt, die die Gesetzentwürfe anziehend machen. Aber wir sind hier, um die Gesetze zu unterstützen und aus diesem Trott herauszukommen". (Prensa Libre)

Winaq-Abgeordnete Sonia Gutiérrez prangert Einschüchterungen durch Allan Rodríguez an

Guatemala, 12. Juli - Die Plenarsitzung, in der die Ausrufung des Notstands [*wegen der Regenfälle und ihrer Folgen, d.Red.*] abgelehnt wurde, erhitzte die Gemüter unter den Abgeordneten so sehr, dass eine Gruppe von Abgeordneten unter der Führung von Allan Rodríguez, Víctor Valenzuela, Maynor Mejía Popol, Herman Echeverría und anderen von der VAMOS-Fraktion zu den Büros von Sonia Gutiérrez und Juan Carlos Rivera gingen, wo sie die Angestellten in den Büros der beiden Abgeordneten einschüchterten, um Druck auf die Abgeordneten auszuüben, damit sie in der ausserordentlichen Sitzung erscheinen. Allan Rodríguez wurde auch von den Abgeordneten Byron Rodríguez (TODOS) und Fidencio Lima (VIVA) begleitet.

Die nur aus einer Person bestehende URNG-WINAQ-Fraktion prangerte an, dass Gutiérrez, die derzeitige fünfte Sekretärin im Kongresspräsidium, von Oppositionsabgeordneten, die mit dem "korrupten Pakt" verbunden seien, eingeschüchtert und bedroht wurde und bezeichnete den ehemaligen Kongresspräsidenten Allan Rodríguez als "frauenfeindlich und rassistisch".

Die politische Bewegung weist die Einschüchterungsversuche und Drohungen zurück, denen die Abgeordnete Gutiérrez und die ihr zugewiesenen Mitarbeiter*innen ausgesetzt waren und macht gleichzeitig die Mitglieder des Kongresses, die sie bedroht und eingeschüchtert haben, für jede Verletzung ihrer physischen, psychischen und emotionalen Integrität verantwortlich. Sie behielt sich das Recht vor, alle gesetzlich vorgesehenen Massnahmen zu ergreifen.

Sie brachte ihre Unterstützung für die Generalsekretärin zum Ausdruck und fordert sie auf, sich weiterhin mutig, kohärent und entschlossen für die Sektoren einzusetzen, die am meisten von frauenfeindlichen oder rassistischen Drohungen und Einschüchterungen betroffen sind.

Auf den Fluren des Kongresses wurde darüber gesprochen, dass die VAMOS-Fraktion mit Gutiérrez im Streit liege, weil sie im Präsidium des Kongress sitze und die Regierung von Bernardo Arévalo unterstütze.

Gutiérrez bittet um Respekt im Plenum

Während der Diskussion über die Annahme oder Ablehnung des Notstandes, bat die Abgeordnete Gutiérrez die Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen um Respekt, da sie während ihres Redebeitrags ausgebuht wurde, als sie daran erinnerte, dass sie während der Regierung von Alejandro Giammattei die damaligen Ausrufung von Notständen bei Naturkatastrophen unterstützte, dass sich die Situation jedoch im Laufe der Zeit geändert habe.

Rodríguez und seine Kolleg*innen wollten die Beschlussfähigkeit erreichen, um einen Termin für die Befragung des Verkehrsministers Félix Alvarado festzulegen, die von mehreren VAMOS-nahen Fraktionen unterstützt wurde, doch wurde der Antrag mangels Anwesenheit nicht beraten. (La Hora)

Guatemala hat die höchste Luftverschmutzung in der Region

Guatemala, 25. Juni - Die Luftverschmutzung in Guatemala verkürzt im Vergleich zu anderen Ländern das Leben aller Bürger*innen des Landes. Dies geht aus einem Bericht des Air Quality Life Index hervor, in dem es heisst: "Guatemala ist das am stärksten verschmutzte Land in der Region und das 16. verschmutzte Land der Welt. Die Feinstaubbelastung (PM2,5) verkürzt die durchschnittliche Lebenserwartung der Einwohner*innen Guatemalas um 2,4 Jahre". In einigen Gebieten Guatemalas ist die Luftverschmutzung überdurchschnittlich hoch. Dies ist der Fall in der Gemeinde Mixco in der Nähe der guatemalteckischen Hauptstadt, wo die Verschmutzung die Lebenserwartung um 4,4 Jahre verkürzt. Laut Air Quality ist diese Ortschaft die am stärksten verschmutzte im Departement Guatemala. Es folgt Villa Nueva, wo die Lebenserwartung je nach Verschmutzungsgrad der Stadt um 2,3 Jahre sinkt.

Verschmutzung nimmt zu

Die Partikelbelastung hat im Laufe der Zeit zugenommen. Im Jahresdurchschnitt von 1999 bis 2021 wurde ein Anstieg von 37,2 Prozent festgestellt. Ausserdem verkürzte sich dadurch die Lebenserwartung um mehr als neun Monate.

Die am stärksten verschmutzten Departements des Landes sind Sacatepéquez, Guatemala und Chimaltenango. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) werden die Bewohner*innen dieser Orte, die etwa 26,5 Prozent der guatemalteckischen Bevölkerung ausmachen, im Durchschnitt zwischen 3,1 und 4,1 Jahre an Lebenserwartung verlieren.

Die Luftverschmutzung gehört zu den fünf grössten Bedrohungen für die Lebenserwartung in Guatemala. Diese sind: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, hoher Blutzuckerspiegel, verschmutzte Luft, Tabakkonsum und Neoplasien oder Tumore. Der Studie zufolge könnten die Guatemalteck*innen ihre Lebenserwartung erhöhen, wenn die Konzentration von Schadstoffpartikeln in der Luft verringert würde.

Am stärksten verschmutzte Gemeinden

In dem Bericht werden auch die 25 am stärksten verschmutzten Gemeinden des Landes vorgestellt, die nach den im Jahr 2023 durchgeführten Bewertungen ermittelt wurden. Diese Ortschaften sind: 1) Mixco; 2) Villa Nueva, 3) San Pedro Carchá, 4) San Juan Sacatepéquez, 5) Cobán, 6) Quetzaltenango, 7) Jalapa, 8) Escuintla, 9) Petapa, 10) Jutiapa, 11) Chichicastenango, 12) Chisec, 13) Santa Lucía Cotzumalguapa, 14) Panzós, 15) Villa Canales, 16) Chiquimula, 17) Amatitlán, 18) Santa Cruz Barillas, 19) Chinautla, 20) Coatepeque, 21) La Libertad, 22) Totonicapán, 23) Momostenango, 24) Sayaxché, 25) Chimaltenango. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6